



JAN TECHAU, geb. 1972,  
leitet das Alfred von  
Oppenheim-Zentrum  
für Europäische  
Zukunftsfragen  
in der DGAP.

## Neuanfang statt Nabelschau

Eine Bilanz des Brüsseler EU-Gipfels

„Die Regierungskonferenz wird gebeten, einen Vertrag (...) zur Änderung der bestehenden Verträge auszuarbeiten (...). Das Verfassungskonzept, das darin bestand, alle bestehenden Verträge aufzuheben und durch einen einheitlichen Text mit der Bezeichnung ‚Verfassung‘ zu ersetzen, wird aufgegeben.“<sup>1</sup> Diese nüchternen Worte sind die Essenz der deutschen EU-Ratspräsidentschaft: das endgültige Scheitern des ambitionierten Verfassungsprojekts verbunden mit einem am Ende recht entschlossenen Neuaufbruch der EU im bisherigen Rahmen. Die deutsche Ratspräsidentschaft hat ihren Auftrag und ihr Versprechen eingelöst, der EU einen Fahrplan aus der Krise zu weisen. Damit kann das Europäische Projekt zunächst einmal ohne wesentlichen Gesichtsverlust weitergehen. Angesichts der Katastrophenszenarien des vergangenen Jahres ist das ein großer Erfolg. Was also haben der Verfassungskompromiss und der Rest der deutschen Präsidentschaft gebracht?

### *1. Die Blockade ist überwunden*

Das wichtigste Ergebnis der deutschen Präsidentschaft ist, dass jetzt eine echte Chance besteht, das vertrackte Verfassungsthema alsbald ad acta zu legen. Das sind gute Nachrichten, denn es bedeutet, dass die EU statt institutioneller Nabelschau endlich wieder mit ganzer Kraft das tun kann, wofür sie da ist: praktische Probleme lösen. Ein Zögern und ein Hinhalten mit Verweis auf die ungeklärte Lage an der Reformfront ist nun keine Option mehr für Blockierer. Der Weg zum „Europa der Ergebnisse“ (José Manuel Barroso) wird leichter. Und obwohl der Ausgang der Vertragsrevision noch unklar ist und der zu erwartende

<sup>1</sup> Anlage I der Schlussfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rates vom 21./22. Juni 2007, zu finden in der Dokumentation dieser Ausgabe unter [www.internationalepolitik.de](http://www.internationalepolitik.de).

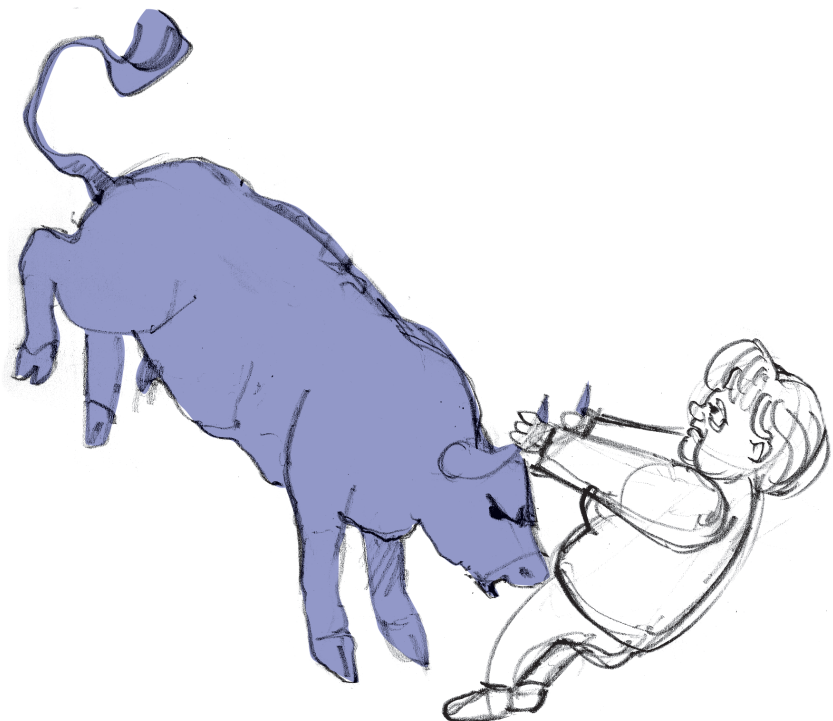
Vertrag nicht die letzte Reform der EU sein wird, ist damit doch ein psychologischer Wendepunkt erreicht. Die Krise der EU ist vorläufig beendet. Es herrscht Aufbruchstimmung. Das ist nicht wenig.

### 2. Ein „enges“ Mandat für die Regierungskonferenz

Die deutsche Ratspräsidentschaft hat eines ihrer wichtigsten Ziele erreicht, nämlich das Mandat für die Regierungskonferenz zeitlich und inhaltlich eindeutig zu begrenzen. Die Regierungskonferenz soll noch „vor Ende Juli“ beginnen und „vor Ende des Jahres 2007“ abgeschlossen sein. Inhaltlich hat die Präsidentschaft ein offenes, vages Mandat verhindert, das einer Aufforderung zur kompletten und damit langwierigen Neuverhandlung gleichgekommen wäre und eine Ratifizierung im Jahre 2008 wohl unmöglich gemacht hätte. Stattdessen enthält das Mandat den angestrebten kleinen Katalog neu zu verhandelnder Themen und zusätzlich einige bereits sehr detailliert ausformulierte Vorgaben für den Vertragstext. So wird das psychologisch so wichtige Inkrafttreten des Vertrags vor den Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2009 möglich.

### 3. Die doppelte Mehrheit bleibt

Letztlich hat sich Polen, entgegen anderslautender Warschauer Rhetorik nach dem Gipfel, mit seiner Kernforderung nicht durchsetzen können. Die doppelte Mehrheit für Abstimmungen im Rat ist vereinbart, lediglich eine zeitliche Verzögerung bis 2014 bzw. 2017 wurde gewährt. Ein schaler Nachgeschmack allerdings bleibt. Der Kompromiss ist klar dem Willen der deutschen Präsidentschaft geschuldet, besser einen mangelhaften Deal zu haben als gar keinen. Überzeugend ist er nicht, vor allem nicht mit Blick auf die Aufweichung der Sperrminoritätsklausel, die ein Nachverhandeln von Mehrheitsentscheidungen erheblich erleichtert.



#### 4. Die rotierende Präsidentschaft entfällt

In Zukunft wird es einen auf zweieinhalb Jahre von den Mitgliedsstaaten gewählten Präsidenten des Rates, den viel zitierten „EU-Präsidenten“ geben. Die Abschaffung der rotierenden Ratspräsidentschaft hat zwar viele Vorteile, vor allem beim Vermeiden von Reibungsverlusten und in der kohärenten Außerdarstellung der EU. Allerdings wird auch der oft unterschätzte positive Effekt der Rotation entfallen, der in der Mobilisierung der nationalen Exekutiven für das EU-Geschehen bestand. Die neue Präsidentschaft wird eine nicht vorhersehbare neue Dynamik in das Machtgefüge der Brüsseler Institutionen bringen. Vor allem eine Frage bleibt: Was macht der Präsident (oder die Präsidentin) eigentlich zwischen den Sitzungen des Europäischen Rates?

#### 5. Kaum Fortschritt in der Außenpolitik

Die Schaffung des EU-Außenministers unter dem neuen Namen „Hoher Beauftragter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik“ klingt nach großem Fortschritt. Es bleibt allerdings höchst zweifelhaft, ob dieses neue Amt mehr Kohärenz und Effizienz in die Außenpolitik der EU bringt. Schon im Verfassungsentwurf blieb hier eigentlich alles beim Alten: Die Nationalstaaten behalten sich alle Rechte vor. Im Mandat für die Regierungskonferenz wird dies nochmals

Welche Konkurrenz wird es zwischen EU-Präsident und EU-Außenminister geben?

unterstrichen. Der Hohe Beauftragte benötigt fürs eigene Handeln eine Einzelfallermächtigung durch die EU-27, und diese kann nur einstimmig erfolgen. Im besten Fall ist er also eher Vorbereiter und Vermittler. Außerdem bleibt die institutionelle Konstruktion unklar: Wie wird sich das Doppelamt als Ratsvorsitzender für GASP und als Außenkommissar praktisch auswirken? Wird die vorhersehbare Konkurrenz zum Präsidenten den Entscheidungsprozessen am Ende vielleicht sogar eher schaden als nutzen?

#### 6. Zwei Geschwindigkeiten sind vorgezeichnet

Eine wichtige Entscheidung mit hoher Symbolkraft und unbestimmter Auswirkung ist in der dritten Säule der EU gefallen. In der polizeilichen und justiziellem Zusammenarbeit in Strafsachen wird das Voranschreiten kleinerer Staatengruppen innerhalb der EU explizit festgeschrieben und der Übergang zur verstärkten Zusammenarbeit erheblich erleichtert. Damit ist das Europa der zwei Geschwindigkeiten in einem wichtigen Teilbereich des Unionsgefüges vorgezeichnet und könnte also auch anderswo Schule machen. Angesichts der stetig wachsenden Zahl der EU-Mitglieder ist diese Entwicklung ohnehin kaum aufzuhalten. Es ist daher besser, hier einen klar definierten Weg für das Unvermeidbare vorzuzeichnen als durch starres Festhalten am Einheitsweg unkontrollierten Wildwuchs oder gar ein Auseinanderbrechen der EU zu riskieren.

#### 7. „Gelbe Karte“ der Parlamente

Die Aufwertung der nationalen Parlamente in den Entscheidungsverfahren, die vor allem von den Niederlanden gefordert worden war, ist eine wichtige Neuerung. Mit einfacher Mehrheit können die nationalen Parlamente einen Gesetzentwurf der Kommission zur Prüfung zurückgeben. Rat und Parlament müssen dann im weiteren Verfahren prüfen, ob die Subsidiarität bei dem Vorhaben gewahrt ist. Diese Entscheidung wird eine bisher nicht gekannte Dynamik bei der

Zusammenarbeit der nationalen Parlamente in EU-Verfahren hervorbringen und auch die viel behauptete Solidarität des Europäischen Parlaments mit seinen nationalen Geschwistern auf den Prüfstand stellen. Die Auswirkungen auf das Abstimmungsverfahren im Rat, wo Regierungen sitzen, die aus den nationalen Parlamenten hervorgegangen sind, sind ebenfalls nicht absehbar. In jedem Fall ist dies eine weitreichende Veränderung des Verfassungsgefüges und ein echter Beitrag zur Verminderung des demokratischen Defizits der EU.

#### 8. ... und was war sonst noch?

Obwohl von Beginn an klar war, dass die deutsche Präsidentschaft vor allem an der Verfassungsfrage gemessen werden würde, hat es doch auch eine Reihe anderer Initiativen und Ergebnisse gegeben, die von – möglicherweise sogar höherer – Bedeutung sind. Die Bundeskanzlerin hat gleich zu Beginn der Präsidentschaft das transatlantische Verhältnis mit der wohlvorbereiteten Marktinitiative belebt und damit auch Vorarbeit für den G-8-Gipfel unter ihrem Vorsitz geleistet. Auf dem EU-Frühjahrgipfel im März ist der deutschen Präsidentschaft der unerwartete Durchbruch in der Energie- und Klimapolitik der EU gelungen, auch dies mit erheblichen Auswirkungen auf die Dramaturgie von Heiligendamm. Einen weiteren Kompromiss hat die Kanzlerin bei der Formulierung der „Berliner Erklärung“ der EU zum Jubiläumsgipfel in Berlin erreicht. Hier konnte sie die zeitliche Komponente der Verfassungsfrage klären, was ihr den notwendigen Spielraum bei der Lösung der Inhaltsfrage gab. Und schließlich hat Deutschland durch die Einführung der Dreierpräsidentschaft einen wichtigen Präzedenzfall geschaffen und dem Rotationssystem einen Hauch von Stetigkeit verliehen. Das ist eine stattliche Bilanz, die über manche inhaltliche Unklarheit hinwegtrösten kann.

Ein klares Bekenntnis der EU-27 zur politischen Union ist noch nicht erreicht worden.

#### 9. Fazit: Zukunftsfähigkeit der EU bleibt unklar

Hat die EU unter deutscher Präsidentschaft an Zukunftsfähigkeit gewonnen? Diese Frage bleibt vorläufig offen, denn noch ist gar nichts endgültig entschieden. Aber auch bei positivem Verlauf der kommenden Regierungskonferenz und der Ratifizierungen hat die Präsidentschaft das größte Hindernis für eine effizientere EU, nämlich das klare Bekenntnis der EU-27 zur politischen Union, nicht erzeugen können. Auch für künftige Erweiterungen ist dies kein gutes Zeichen, da die berühmte „Aufnahmefähigkeit“ der EU kaum gesteigert scheint. Im Gegenteil: Die Positionen hierzu sind so klar – und so konträr – wie nie, der übergreifende vereinigende politische Wille fehlt. Aber vielleicht besteht gerade in dieser Klarheit der Fortschritt, denn sie macht den Blick frei für eine EU, die sich auf kraftvolles Handeln in wichtigen Teilbereichen einigen kann und dafür an anderer Stelle zurücktritt. Das wären dann zwar keine „Vereinigten Staaten von Europa“ (die auf sehr lang absehbare Zeit ohnehin nicht erreichbar sind). Es wäre aber vielleicht eine überzeugende und auch wieder begeisternde Variante von Barrosos „Europa der Ergebnisse“, das seinen Bürgern dort nützliche Lösungen anbieten kann, wo es den Einzelstaaten nicht mehr möglich ist.



JURI ANDRUCHO-  
WYTSCHE, geb. 1960, ist  
Schriftsteller, Vizepräsident  
des Ukrainischen Schrift-  
stellerverbands und Träger  
des Leipziger Buchpreises  
zur Europäischen  
Verständigung 2006.

## Hier bin ich, kritisiere mich!

Warum Deutschland den ewigen  
EU-Ehrenvorsitz verdient hat

Es fällt mir schwer, die Leistung der deutschen EU-Ratspräsidentschaft zu beurteilen, denn auch die EU selbst kann ich nur schwer beurteilen. Dennoch aber finde ich, dass Deutschland den ewigen Ehrenvorsitz im Nochnichtvereinigten Europa voll und ganz verdient. Vor allem als Land, das übersetzt und veröffentlicht, das liest, diskutiert, das einlädt, Künstlerstipendien vergibt und Kulturprojekte realisiert. Weil es noch sehr „osteuropäisch“ ist, kann Deutschland die Texte osteuropäischer Autoren besser verstehen und verarbeiten als jeder andere seiner „großen Partner“. Als Schriftsteller weiß ich, wovon ich spreche: Auf Französisch, Spanisch oder Italienisch hat keines meiner Bücher eine vergleichbare Lawine interessierter und engagierter Reaktionen ausgelöst. Dabei geht es jedoch nicht nur um die geographische Lage oder historische Gefühle.

Deutschland ist nach Osten offen. Für Deutschland sind nicht nur Breslau, Kaliningrad oder Prag wichtig, sondern auch die viel weiter entfernt gelegenen Städte Riga, St. Petersburg oder auch Lemberg und Czernowitz. Natürlich war die Kultur jeder dieser Städte früher einmal stark durch eine deutsche Komponente geprägt. Aber das ist nur die halbe Antwort auf die Frage „Was haben sie, die Deutschen, davon?“

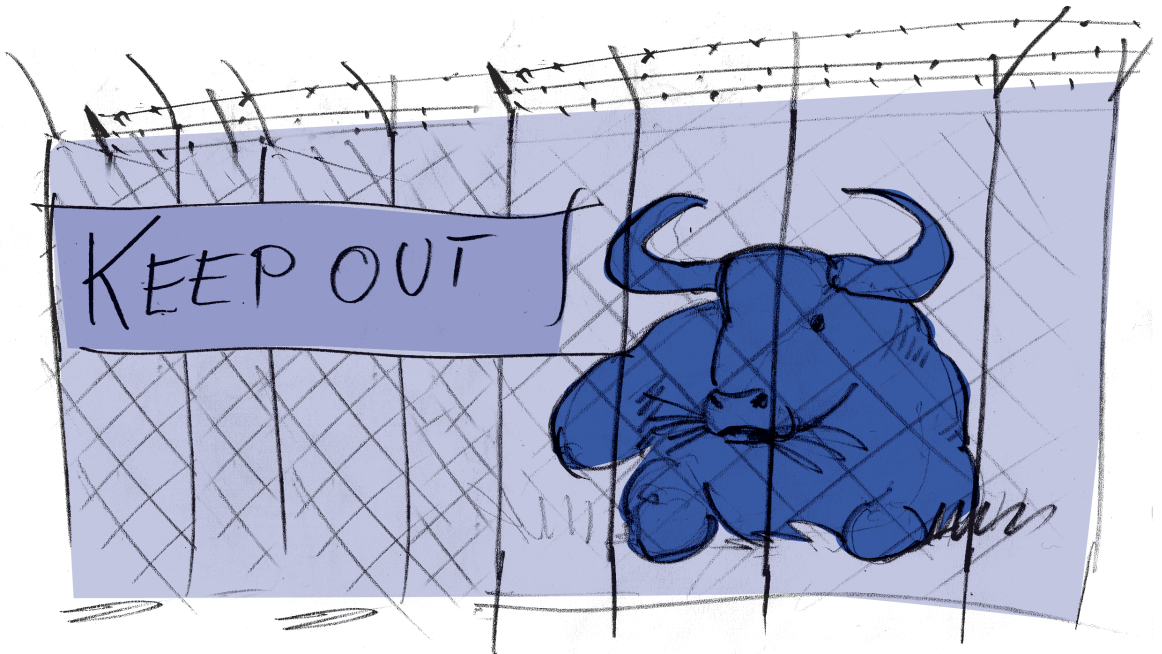
Die ganze Antwort ist: Deutschland ist überhaupt offen. Es interessiert sich genauso für die türkische, die kaukasische, die afrikanische und jede andere Kultur. Bekanntlich ist Offenheit ein Zeichen von Stärke. Die Stärke Deutschlands liegt darin, dass es viel an sich gearbeitet hat, an seiner Selbstironie gefeilt und in der Gesellschaft das Bedürfnis nach Selbstkritik kultiviert hat. „Hier bin ich, kritisiere mich“ ist, wie einer meiner Bekannten aus Münster meint, eine typisch deutsche Haltung.

Im März 2006 hatte ich einen wichtigen Preis bekommen und musste bei der feierlichen Eröffnung der Leipziger Buchmesse meine Dankesrede halten. Dankbarkeit ist ein sehr positives Gefühl, ohne das es keine Poesie gäbe, und ich war wirklich voller Dankbarkeit. Aber auch voller Bitternis. Ich war entsetzt von der Art und Weise, wie das politische Establishment der EU in Person eines der Vertreter des Kommissionspräsidenten sich weigerte, der Ukraine ihre europäische Perspektive zuzugestehen. Seine Einschätzung, die er im Interview für eine sehr einflussreiche deutsche Zeitung getroffen hatte, klang wie ein endgültiger Urteilsspruch: niemals.

In meiner Rede brachte ich alles zum Ausdruck, was ich diesbezüglich empfand. Meine Dankbarkeit kam durch Bitternis und Sarkasmus zum Ausdruck. Ich warf Deutschland, seinen Politikern und seiner Gesellschaft vor, arrogant, ignorant und vor allem: verschlossen zu sein. In der absoluten Stille, die im riesigen Saal herrschte, kaum dass ich zur Sache gekommen war, spürte ich das Krachen abgebrochener Brücken. Heute sage ich ihnen alles ins Gesicht, was ich denke, und morgen verschwinde ich von hier, um niemals wieder Gefahr zu laufen, mich der Illusion so genannter europäischer Verständigung hinzugeben.

Ich beendete meine Rede in dieser Stille und schaute in den Saal. Erst eine Pause, dann sah ich, wie die Anwesenden sich fassten und zu applaudieren begannen. Es dauerte unaussprechlich lange – sogar länger, wie mir damals schien, als die Rede selbst. Da verstand ich, dass es Verständigung gibt, dass sie möglich ist. Gut, dass es ein Land gibt, das sie verwirklicht.

Aus dem Ukrainischen von Sabine Stöhr. Zur Leipziger Dankesrede Andruchowytshs siehe auch Matthias Greffrath: Zeigt uns der Osten unsere Zukunft?, *Internationale Politik*, Mai 2006, S. 62 f.





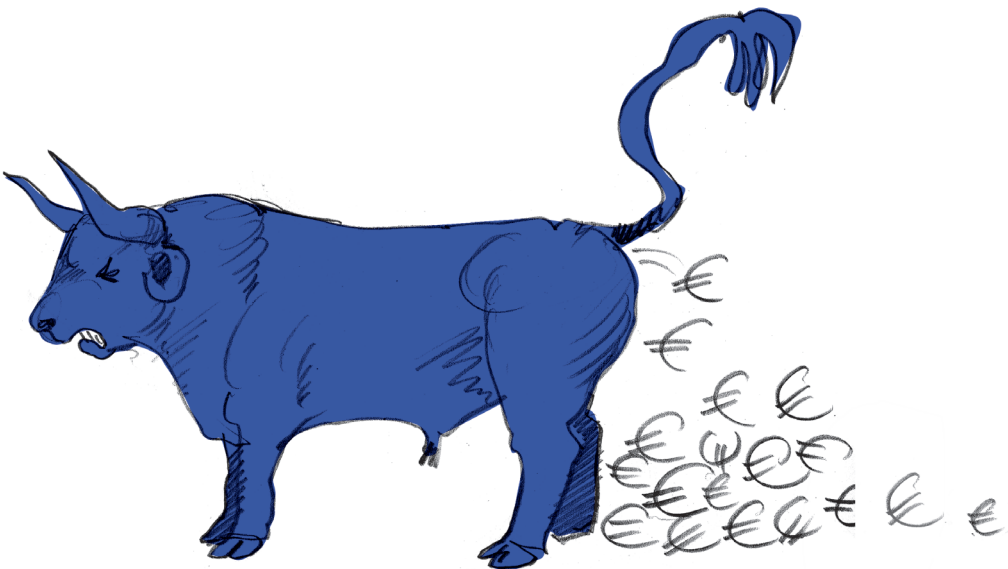
HERMANN TERTSCH, geb. 1958, bis vor kurzem Auslandskorrespondent und Leitartikler bei *El País*, arbeitet als Kolumnist bei *ABC* und als Rundfunkkommentator.

## Uninteressiert, unvorbereitet, unwissend

Die Spanier sind zufrieden mit der deutschen Ratspräsidentschaft – zufriedener jedenfalls als mit der eigenen Regierung

Fragt man die Spanier nach ihrer Einschätzung der deutschen EU-Ratspräsidentschaft, so stößt man durchweg auf positive Urteile. Angela Merkel hat, so der verbreitete Eindruck, in den vergangenen sechs Monaten geschickt und taktisch flexibel, aber stets mit der notwendigen Prinzipientreue verhandelt. Dass es ihr, auch mithilfe des neuen Partners in Paris, geglückt ist, wenigstens den Eindruck der Paralyisierung des europäischen Reformprozesses abzuschwächen, hat ihr großes Ansehen eingebracht. Auch der G-8-Gipfel in Heiligendamm hat in Spanien das Bild der Kanzlerin als Verfechterin europäischer Interessen verfestigt.

Nun liegt freilich, ohne die Leistungen der deutschen Ratspräsidentschaft im Geringsten schmälern zu wollen, die Messlatte für europäische Kompetenz derzeit in Spanien auch nicht übermäßig hoch. Denn Ministerpräsident José Luis Zapatero gilt in der Europa-Politik nicht nur unter Eingeweihten als uninteressiert, unvorbereitet und unwissend. Zwar hatte der Sozialist seinen Wahlkampf im Jahre 2004 unter das Motto „Zurück nach Europa“ gestellt. Doch das war eher dem Bemühen geschuldet, sich von der als übertrieben transatlantisch empfundenen Politik seines Rivalen José María Aznar abzugrenzen.



Mit den Wahlsiegen der Konservativen Angela Merkel in Deutschland und Nicolas Sarkozy in Frankreich konnten sich weder die sozialistische Regierung noch ihr Ministerpräsident so richtig anfreunden. Doch Zapatero, dessen große politische Unternehmungen wie etwa der Friedensprozess mit der baskischen Terrororganisation ETA allesamt missglückt waren, stand unter erheblichem Druck. Auf der Suche nach außenpolitischen Erfolgen sah er sich daher genötigt, wenigstens vor der spanischen Öffentlichkeit den Schulterchluss mit Berlin und Paris zu demonstrieren. Gerade während der letzten Phase der deutschen EU-Ratspräsidentschaft brauchte Zapatero unbedingt eine gewisse Nähe zu den ideologischen Gegnern und schloss sich daher rasch der Linie Angela Merkels an. Kein Wunder also, dass die Spanier weitaus größeres Vertrauen in die Prinzipientreue von Frau Merkel haben, als dass sie ihrer jetzigen Regierung zutrauen würden, die spanischen Interessen in Europa mit Erfolg zu verteidigen.

## Die Merkel-Methode

... hat das Projekt Europa vorläufig gerettet. Doch auf lange Sicht wird eine Strategie der „Flucht nach vorn“ nicht reichen

ROLF GUSTAVSSON,  
geb. 1944, ist EU-  
Korrespondent des  
*Svenska Dagbladet*  
in Brüssel.



Es war im vergangenen Dezember, auf dem Kongress der sozialistischen Parteien Europas in Porto, als Jacques Delors erklärte, es mangle in eklatanter Weise an Vertrauen zwischen den Mitgliedsstaaten der EU. Nicht einmal ein „Minimum an gegenseitigem Vertrauen“ könne er erkennen, so der ehemalige Präsident der EU-Kommission. Das habe gravierende Folgen – denn ohne ein solches Vertrauen werde die EU scheitern. Darum plädierte Delors zumindest für einen „Waffenstillstand“ in der psychologischen Kriegsführung zwischen Europas Regierungen.

Ein halbes Jahr später sieht es so aus, als sei es Bundeskanzlerin Angela Merkel tatsächlich gelungen, einen Waffenstillstand zustande zu bringen. Das psychologische Klima innerhalb der EU scheint sich derzeit zu wandeln – fraglos ein persönlicher Triumph für Frau Merkel, deren Strategie einige Kommentatoren in Europa bereits als die „Merkel-Methode“ feiern. Mit Beharrlichkeit, Vermittlungskunst, Überzeugungskraft und zuweilen schlicht mit großer Aufrichtigkeit ist es ihr immer wieder gelungen, ihren Willen durchzusetzen. Dadurch hat sie die Grundlage dafür gelegt, das aufgrund mangelnder politischer Führung in den vergangenen Jahren in Europa ent-





standene politische Vakuum zu füllen. Nach einer mehrjährigen Denkpause, die größtenteils wohl eher eine intellektuelle Siesta war, steht Angela Merkel heute als Europas rettender Engel da.

Konkret bezieht sich das auf zwei politische Durchbrüche bei zwei Gipfeltreffen. Im März gelang es Frau Merkel, eine sehr ambitionierte europäische Haltung in der Klimapolitik durchzusetzen, und Ende Juni hat sie den Plänen für eine europäische Verfassung neues Leben eingehaucht. Die Staats- und Regierungschefs haben sich auf dem Gipfel in Brüssel geeinigt, eine Regierungskonferenz einzuberufen, die den jetzt beschlossenen Kompromiss in ein grundlegend neues EU-Vertragswerk ab 2009 umsetzen soll. Damit hätte die EU sich erfolgreich aus der politischen Sackgasse herausmanövriert, in die sie zuletzt geraten war.

Nun ist Frau Merkels Methode darauf ausgerichtet, schnelle Ergebnisse zu erzielen. Dafür wird sie zuweilen scharf kritisiert. Völlig im Gegensatz zur Transparenz und der parlamentarischen Verankerung des Konvents orientiert sich diese Methode an der klassischen zwischenstaatlichen Tradition, bei der einem sehr begrenzten Kreis von Regierungsbeamten eine sehr bedeutende Rolle zukommt. Die Methode mag effizient sein, doch sie kann zu Spannungen führen, wenn die Regierungen der EU sich zwecks Ratifizie-

rung an ihre Parlamente wenden. Die EU wird in der Öffentlichkeit ohnehin bereits in viel zu hohem Maße als eine Angelegenheit der Regierungen und ihrer Beamten aufgefasst – was auf Kosten aller Parlamentarier geht, deren Aufgabe es ist, für Transparenz und demokratische Kontrolle zu sorgen.

Ich persönlich sehe ein noch größeres Problem in der Taktik, die hinter Frau Merkels Methode steht. Dabei handelt es sich um eine Strategie, die man als „Flucht nach vorn“ bezeichnen kann. Die Beschlüsse zur Klima- und Energiepolitik beim Gipfeltreffen im März etwa enthielten äußerst ehrgeizige Zielsetzungen für die Begrenzung von Kohlendioxidemissionen und die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien. Um in diesen Fragen Einigkeit zu erzielen, war Frau Merkel gezwungen, die Formel zu akzeptieren, wonach diese Zielsetzungen in einer einvernehmlichen Lastenverteilung zwischen den 27 Mitgliedsstaaten umgesetzt werden sollen. Wenn also die EU-Kommission Ende des Jahres ihren Entwurf für eine Paketlösung vorlegt, wird man sich wohl auf harte politische Kämpfe um Prinzipien und Gelder einstellen dürfen. Nur, dann hat Deutschland nicht mehr den Vorsitz.

Ebenso ist es natürlich erheblich leichter, eine Revision des EU-Vertrags anzuleiern als eine Verhandlung mit 27 Regierungen, die sich in allen Fragen einig sein müssen, zum Abschluss zu bringen. Und nichts ist klar, bevor alles zu Ende ist. Die Erfahrungen von Maastricht, Amsterdam und Nizza lehren, dass die Regierungen erst im entscheidenden Endspiel alle Karten auf den Tisch zu legen pflegen. Und wenn der Karren sich dann gänzlich festgefahren hat, heißt die Standardlösung: neue „Leftovers“. So ist die „Flucht nach vorn“ zu einer Konstante in der Funktionsweise der EU geworden.

In einer nach innen gekehrten EU hat diese Taktik bislang ganz passabel funktioniert. Ich glaube jedoch, dass die introvertierte EU der Vergangenheit angehört. Europa ist wohl oder übel zunehmend gezwungen, ein aktiver internationaler Akteur zu werden. Gleich um die Ecke wartet die neue Welt, die „Post-Bush“- und „Post-Putin“-Ära. Im globalen Umfeld muss die EU eine wachsende internationale Verantwortung übernehmen. Da ist es nicht damit getan, „die Flucht nach vorn“ anzutreten.

Aus dem Schwedischen von Bernadette Kayser



SERGIO ROMANO, geb. 1929, war u. a. italienischer Botschafter in Moskau. Er schreibt für verschiedene Medien, darunter den *Corriere della Sera*, *Panorama* und *Affari Esteri*.

## Kein Herz für Bären

Bei allen Erfolgen: Eine allzu schroffe Haltung gegenüber Russland trübt die Bilanz der deutschen Ratspräsidentschaft

Es waren hohe, mitunter zu hohe Erwartungen, mit denen die deutsche EU-Ratspräsidentschaft begleitet wurde. Ein Problem wie das des Verfassungsvertrags etwa konnte die deutsche Kanzlerin zunächst gar nicht öffentlich in Angriff nehmen. Ihre Vorschläge wären mitten im französischen Wahlkampf gelandet – und das wäre ihnen gar nicht gut bekommen. Weder Nicolas Sarkozy noch Ségolène Royal waren zu diesem Zeitpunkt bereit, irgendwelche verbindlichen Aussagen zum Thema Europa zu machen. Erst nach dem Ausgang der französischen Wahlen konnte man sich der Frage wieder annehmen und nach einem Kompromiss suchen, den man dann ja schließlich auch fand.

Nichts dokumentiert die Schwierigkeiten, mit denen Frau Merkel sich auseinandersetzen musste, besser als der Schlussparagraph der Berliner Erklärung. Da heißt es, dass „wir heute, 50 Jahre nach der Unterzeichnung der Römischen Verträge, in dem Ziel geeint sind, die Europäische Union bis zu den Wahlen zum Europäischen Parlament 2009 auf eine erneuerte gemeinsame Grundlage zu stellen“. Wir wissen, dass die Worte „gemeinsame Grundlage“ für „Verfassung“ stehen und dass das Adjektiv „erneuerte“ die Änderungen ankündigt, die die deutsche Kanzlerin für notwendig hält, um aus dem Schwebezustand herauszukommen, in dem sich die Europäische Union seit dem Scheitern der Verfassungsreferenden in Frankreich und den Niederlanden befindet. Eine klassische Kompromissformel: Großbritannien wollte nicht, dass das Wort „Verfassung“ erwähnt würde, und sie waren nicht die einzigen, die Bauchschmerzen damit hatten, anlässlich des 50. EU-Geburtstags über den europäischen Verfassungsvertrag zu sprechen.

Doch es gibt noch mindestens zwei weitere Aspekte, die Angela Merkels Ratspräsidentschaft interessant machen: die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und die zu Russland. Bei ihren Treffen mit George W. Bush hat die Kanzlerin ausdrücklich das Problem der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Europa und Amerika angesprochen. Denn bei allen transatlantischen Meinungsverschiedenheiten lassen sich die Interessenverflechtungen nicht ignorieren, die in den vergangenen Jahrzehnten entstanden sind. Es gilt, sich auf gemeinsame Standards und Normen für eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit zu einigen. Während die Briten auf eine atlantische Gemeinschaft setzen, in der die Europäische Union einen Großteil ihrer Einigungsbestrebungen ver-

lieren würde, schwebt Frau Merkel eine Zusammenarbeit vor, bei der Europa sich den Vereinigten Staaten als strategischer Wirtschaftspartner präsentiert und so die eigene Identität stärkt.

Was die Beziehungen zu Russland angeht, so sind meine Eindrücke weniger positiv. Deutschland täte gut daran, die Gefühle zu respektieren, mit denen man in Russland die Aufnahme der baltischen Länder in die NATO, die Perspektive eines amerikanischen Schutzschilds auf polnischem Territorium oder gewisse abschätzigste Urteile aus dem Westen über das russische politische System aufgenommen hat. Ich meine, dass Gerhard Schröder, ungeachtet einiger peinlicher Ausrutscher in Stilfragen, insgesamt eine überzeugendere Russland-Politik betrieben hat als zuletzt Angela Merkel auf dem Gipfel von Samara. Ich tröste mich mit dem Gedanken, dass die Kanzlerin beim euro-russischen Gipfel wohl unbedingt den Part der versöhnenden Repräsentantin aller Länder der Union spielen wollte und es daher für nötig hielt, noch die größten Flegel unter ihren Mitgliedern in Schutz zu nehmen. Das ist eine Lektion in Sachen europäischer Stil, die sich an alle richtet, denen die Beziehungen zu den USA wichtiger sind als die zu Brüssel.

Aus dem Italienischen von Joachim Staron





ANNE-MARIE  
LE GLOANNEC,  
geb. 1954, ist Directrice  
de Recherches am Centre  
d'Études et de Recherches  
Internationales (CERI)  
in Paris.

## Annäherung ohne Wandel

Auch der deutsche EU-Vorsitz konnte die Ohnmacht der Europäer nicht kaschieren – vor allem in der Beziehung zu Russland

In Heiligendamm ist die Bundeskanzlerin an die Grenzen ihrer Möglichkeiten gestoßen – wohlgermerkt: ihrer Möglichkeiten, nicht ihrer Fähigkeiten. Als Präsidentin der G-8 und der EU hat Angela Merkel erneut bewiesen, wie souverän sie zu verhandeln weiß. Sie leitet, ohne sich aufzudrängen, sie vermittelt, aber lenkt auch, sie ist bereit zum Kompromiss, ohne dabei ihre Prinzipien aufzugeben. Diese doppelte Präsidentschaft hat aber die Grenzen ihrer Handlungsfähigkeit – und damit auch der Handlungsfähigkeit aller Europäer – erwiesen. So wurde George W. Bush in Heiligendamm zum Einlenken gezwungen, ohne aber das wichtigste Zugeständnis zu machen: eine verbindliche Akzeptanz internationaler Regulierungen in Sachen Klimawandel.

In keinem Falle war die Ohnmacht der Europäer derart mit den Händen zu greifen wie in den Beziehungen zu Russland. Das Russland Putins ist auf dem bestem Wege, undemokratisch zu werden. Die Freiheiten werden eingeschränkt, Oppositionelle drangsaliert, gar ermordet – und dann ist da noch der Krieg in Tschetschenien. In seiner Außenpolitik greift Putins Russland ebenfalls nach der Knute. Es verbietet die Ausfuhr von Öl und Gas oder die Einfuhr von Agrarprodukten in oder aus Ländern, deren Politik ihm nicht gefällt. Die Liste wird jährlich länger: von Georgien und Moldawien bis zur Ukraine, Weißrussland, Polen oder Estland. Der jüngste Vorfall dieser Art grenzt beinahe an eine Kriegserklärung: Denn was ist das massive Eingreifen in die Informationssysteme Estlands, wenn nicht ein Cyberwar?

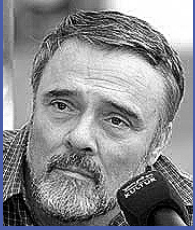
Auf diese Politik der Einschüchterung hat die Europäische Union bis jetzt kaum reagiert. Im vergangenen Winter hat Brüssel versucht, eine gemeinsame Energiepolitik zu entwerfen, aber dazu fehlen der Union die Kompetenzen. Kommt noch hinzu, dass sich die Länder Europas von strategisch-wirtschaftlichen Zielen leiten lassen – ohne aber die strategisch-politischen Ziele in Rechnung zu stellen. In dieser Hinsicht hat die deutsche Präsidentschaft uns nicht weiter gebracht. Weit davon entfernt, sich zusammenzuschließen, reagieren die Europäer isoliert. Gazprom, der quasi staatliche Gasmonopolist, kauft Europa auf – von den Transportwegen bis zu den Einzelhändlern und Lagerungsstätten –, und Frankreich, Deutschland oder Ungarn lassen es zu, trotz aller Warnungen von Ländern wie Polen und Litauen. Putin mag Recht haben, wenn er sagt, dass es praktisch keine politisch zuverlässige Alternative zu Russland gibt.

Zumindest aber könnten die Europäer versuchen, entschiedener aufzutreten und nicht gleich ihr Tafelsilber zu verkaufen. Es bedurfte schon des massiven Eingreifens Russlands in die estnischen Angelegenheiten, um die Europäer aufzuwecken – während vorher sich kaum jemand um Dinge wie das Einfuhrverbot für polnisches Fleisch nach Russland gekümmert hat, immerhin doch eine Angelegenheit mit Relevanz für den Gemeinsamen Markt.

Natürlich, Angela Merkel selbst hat die russische Politik immer wieder kritisiert. Andere Vertreter Europas aber – wie José Manuel Barroso – haben sich erst jetzt zu einer Verurteilung durchringen können. Insofern hat die russische Politik den Europäern einen Gefallen getan: Zumindest für den Augenblick haben ihre Drohgebärden West- und Osteuropäer einander näher gebracht. Dazu beigetragen hat sicherlich die Tatsache, dass Angela Merkel zu diesem Zeitpunkt die Union geleitet hat, und nicht etwa Gerhard Schröder, ein Freund des „lupenreinen Demokraten“.

Obwohl die Europäer derzeit ein bisschen mehr Einigkeit demonstrieren, bleiben sie aus unterschiedlichen, zum Teil geographischen und historischen Gründen geteilter Meinung. Und nicht nur die Europäer sind gespalten: Deutschland ist es eben auch. Wo Frau Merkel entschieden verurteilt, ist ihr sozialdemokratischer Außenminister bereit, den alten und manchmal falsch verstandenen Rezepten der Ostpolitik zu folgen – nach einer Devise, die sich mit „Annäherung ohne Wandel“ beschreiben lässt. Und weil Deutschland als wichtigster Staat des kontinentalen Europas gilt, ist das ein Problem.





GYÖRGY DALOS,  
geb. 1943, lebt als freier  
Schriftsteller in Berlin.  
Jüngste Veröffentlichung:  
„Der Aufstand in Ungarn“  
(2006).

## Quadratwurzel oder Quadratur des Kreises

Die Europäer sind und bleiben eigensinnig.  
Daran können weder die Deutschen etwas  
ändern noch der liebe Gott

Kein Zweifel, die deutsche EU-Ratspräsidentschaft stand unter keinem günstigen Stern. Die Kaczyński-Zwillinge, einander nicht nur äußerlich, sondern auch in den politischen Überzeugungen ähnlich wie ein Ei dem anderen, wollten das Gewicht der „Rzeczpospolita“ im Rahmen der Union dringend erhöhen – gleichsam als moralischen Sofortkredit für die innenpolitische Auseinandersetzung. Durch ihre „Quadratwurzel“-Forderungen und Blockadedrohungen gelang es ihnen, Angela Merkel in einer Weise unter Druck zu setzen, wie es Herr Putin nicht besser hätte schaffen können. Kein Wunder, dass Nicolas Sarkozy seine ritterliche Hilfe anbot, eiligst nach Warschau reiste und mit beinahe polnischem Pathos zur „gemeinsamen Rettung Europas“ aufrief. Immerhin, man hat sich dann doch noch geeinigt. Das Problem selbst ist damit aber keineswegs aus der Welt.

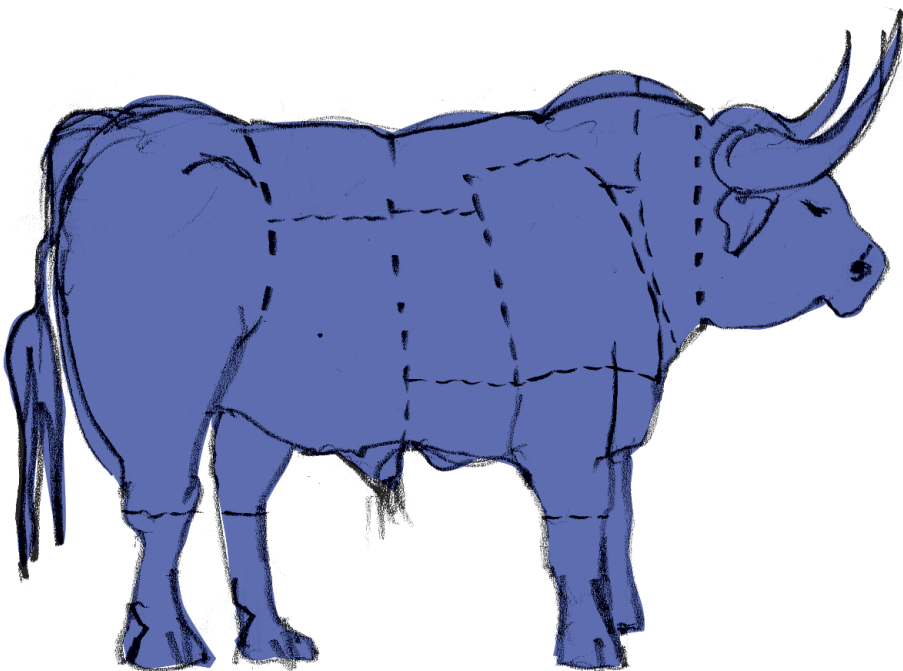
Und dann ist da noch die „Affäre Verheugen“. Stein des Anstoßes: das Grundgehalt der Kabinettschefin des EU-Kommissars Günter Verheugen, dessen Höhe angeblich etwas mit persönlichen Beziehungen zwischen den beiden zu tun hat und damit den Tatbestand der Günstlingswirtschaft erfüllt. Die privaten Fotos zur Affäre liefert die *Bunte*, Vertreter von CDU/CSU halten die Höhe des Betrags aus christlicher, demokratischer und sozialer Sicht für unhaltbar, sprechen gar von einer „Beschädigung des europäischen Projekts“.

Nun ist natürlich die Größenordnung dieser Geschichte mit der ersteren kaum vergleichbar – die Rechtmäßigkeit eines Grundgehalts kann schließlich leicht geprüft werden. Sobald jedoch von christlicher Seite sittliche Kriterien erwähnt werden, müssen wir wieder an die peinliche Frage denken, ob denn nun dem lieben Gott ein Platz in der EU-Verfassung zustehe. Diese Forderung wurde nun, fast gleichzeitig, von einem evangelischen und einem katholischen Theologen erhoben. Ihr Argument: Die Präsenz des Schöpfers in der Verfassung sei ein Mittel gegen etwaige Verantwortungslosigkeit der Brüsseler Landesväter und Beamten, sie würde die Neigung, den „Götzen des Konsums“ zu verfallen – und sei es in Gestalt von überhöhten Grundgehältern – zumindest erschweren.

So weit, so gut. Vergessen wir aber nicht, dass die Aufnahme des Höchsten Wesens in die Verfassung praktisch auf einen neuen Polytheismus hinausläuft – Allah und Jehova gehören mit dazu. Es ist kaum annehmbar, dass die Iren

darüber ebenso denken wie etwa die Schweden. Und um die Polen zu einem Konsens zu bewegen, müssten mindestens Zwillinge von Sarkozy oder Prodi an die Weichsel pilgern – ein kaum durchführbares Unternehmen, wenn man nicht auf ein Wunder hofft.

Vielleicht müssten wir aber nur bedenken, wie viele europäische Länder auf diesem Kontinent leben, die noch nicht der EU angehören und über eine eigene Nationalfahne, Hymne, Währung, Zoll- und Grenzbehörden sowie Komplexe und Neurosen verfügen. Wenn man den General de Gaulle zugeschriebenen Satz über Frankreich, wonach es sehr schwierig sei, einen Staat zu lenken, in dem es allein 246 Sorten Käse gibt, auf Europa bezieht, dann stellt sich die unwillkürliche Frage: Müssen wir in allem so ähnlich und einheitlich wirken, wie wir in der Tat nie werden sein können?







Prof. Dr. ZDZISLAW  
KRASNODEBSKI,  
geb. 1953, ist Professor  
am Seminar für Ost- und  
Mitteleuropäische Studien  
der Universität Bremen.

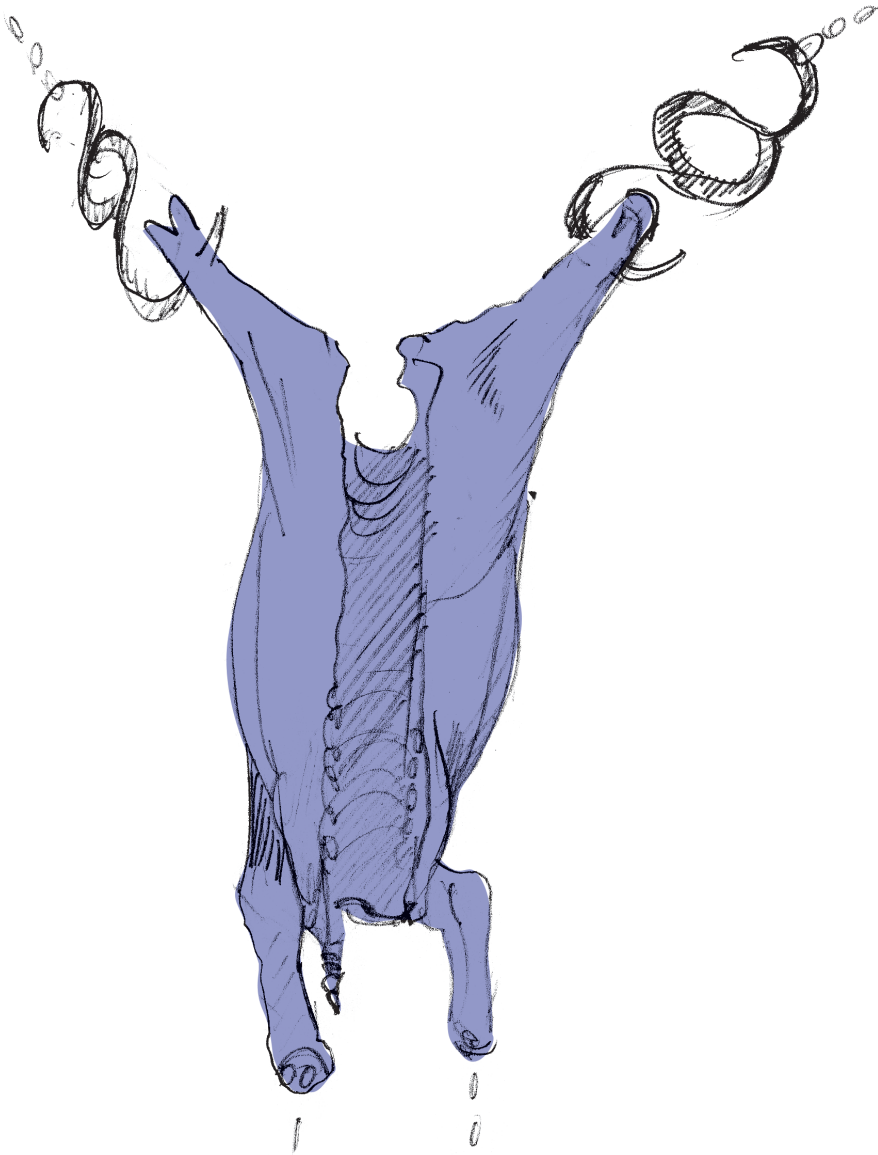
## Vergeigtes Vertrauen

Auch künftig wird Deutschland eine führende Rolle in Europa spielen. Doch die Akzeptanz etwa in Osteuropa schwindet

Jetzt, da es zweifellos die erste Geige in der EU spielen wird, kommt zum ersten Mal eine echte Herausforderung auf Deutschland zu – anders als 1949, als unter den wachsamen Augen der Alliierten die Bundesrepublik entstand, oder 1989/90, in den Jahren der unerwarteten Wiedervereinigung. Noch bis vor kurzem definierten deutsche Politikwissenschaftler Deutschland vor allem als eine „Zivilmacht“, die weltweit Rechtsstaatlichkeit und Wohlstand fördere – diplomatisch, zurückhaltend, multilateral. So wurde auch das deutsche Engagement für die EU-Erweiterung dargestellt. Es ging um den Export von Stabilität und Demokratie in den Osten, dessen „Zivilisierung“ und die Unterstützung der Marktwirtschaft. Die erfolgreiche Verwirklichung dieses Projekts würde, so die Hoffnung, nicht nur die politischen Konflikte in dieser Region beseitigen, sondern auch die Position Deutschlands dort stärken. Doch brachten die letzten Jahre eher eine Zunahme der Spannungen und Konflikte mit sich – auch zwischen Polen und Deutschland. In dieser neuen Situation werden die Schwächen der deutschen Politik deutlich.

Denn die Selbstwahrnehmung als „Zivilmacht“ führt dazu, dass Deutschland die Länder Ostmitteleuropas nicht als Partner, sondern als Schützlinge behandelt. Im deutsch-polnischen Vertrag von 1991 etwa hieß es sinngemäß, Deutschland solle nicht nur Polens „Anwalt“ in der EU sein, sondern auch sein Erzieher. Doch haben die Länder Ostmitteleuropas seitdem einen bedeutenden zivilisatorischen Sprung gemacht. Sie sind Mitglieder der EU und der NATO, und sie wollen sich nicht auf die Rolle eines Protegés beschränken. Zudem kann das Selbstverständnis als „Zivilmacht“ eine Einmischung in Angelegenheiten begründen, die in den Bereich souveräner Entscheidungen anderer, vor allem schwächerer Staaten fallen.

Man kommt nicht umhin, hier eine eigenartige Fortsetzung der alten kolonialen Haltung gegenüber den ostmitteleuropäischen Ländern festzustellen. Schließlich setzt die Selbstdefinition als „Zivilmacht“ ein Handeln im allgemeinen Interesse voraus, und nicht im eigenen. Hans-Dietrich Genscher hat einmal behauptet, Deutschland habe überhaupt keine nationalen Interessen, sondern nur europäische. Eine solche Gleichsetzung bedeutet jedoch nicht nur, dass deutsche Zielsetzungen „europäisiert“, sondern auch, dass die europäischen Ziele „germanisiert“ werden können. Es ist enorm schwierig, über



strittige Probleme mit einem Partner vernünftig zu diskutieren, der von vornherein felsenfest davon überzeugt ist, das Allgemeinwohl zu repräsentieren.

Zudem wird gerade Russland zum wichtigsten Partner Deutschlands im Osten – trotz seiner Verletzung der Menschenrechte, trotz seiner Knebelung der Demokratie, trotz seiner neoimperialen Politik. Kein Wunder, dass in Ostmitteleuropa das Gefühl zunimmt, Deutschland bediene sich zweierlei Standards. Die Berliner Republik scheint immer selbstsicherer zu werden und von der Wichtigkeit ihrer Ziele und Werte immer überzeugter zu sein. Deutschland ist, wie Herfried Münkler kürzlich festgestellt hat, eine „selbstbewusste Mittelmacht“. Eine solche Bezeichnung bedeutet keinen Verzicht auf die Ziele der „Zivilmacht“, setzt aber neue Akzente – abzulesen am deutschen Engagement

im Kosovo und in Afghanistan. Leider tritt in den letzten Jahren immer deutlicher die Diskrepanz zwischen universalistischem Anspruch einerseits sowie mangelnder Kompetenz und partikularen Interessen andererseits zutage. Daher schmilzt das Vertrauenskapital zusehends, das die Bonner Republik gerade in Ostmitteleuropa angesammelt hatte. Die Bonner Republik hatte Europa auf ihre zurückhaltende Art zusammengeschweißt, indem sie ein Gleichgewicht zwischen großen und kleinen Ländern herstellte. Die Zukunft Europas hängt davon ab, ob die Berliner Republik imstande sein wird, ihren Führungsanspruch durchzusetzen, aber dabei jene ungewöhnliche Fähigkeit der Bonner Republik beizubehalten.

Aus dem Polnischen von Agnieszka Grzybkowska



RUTH LEA, geb. 1947, ist Leiterin des Think-Tanks „Global Vision“ in London.

## Hello goodbye

Eins hat die deutsche Ratspräsidentschaft gezeigt: Europa ist reif für ein Konzept der „privilegierten Partnerschaften“. Großbritannien sollte den Anfang machen

Die zurückliegenden sechs Monate haben aufs Neue demonstriert, wie stark die Spannungen und Brüche innerhalb der EU nach wie vor sind. Brüche, die, wie ich glaube, bei der derzeitigen Struktur der EU irreparabel sind. Da wäre zunächst einmal der Bruch zwischen den Staaten, die eine weitergehende europäische Integration wollen, wie Frankreich und Deutschland, und solchen, die das nicht möchten, wie Großbritannien. Das zeigte sich während der deutschen Ratspräsidentschaft, als sich Angela Merkel, vom deutschen Standpunkt aus korrekt und mit bewundernswerter Offenheit, massiv für einen neuen Vertrag einsetzte, der auf dem integrationistischen Modell beruhte. Die Antwort der britischen Regierung war Ausdruck von Unbehagen und Entsetzen. Jegliche Anzeichen dafür, dass der neue Verfassungsvertrag eine weitergehende EU-Integration bedeuten könnte, trafen auf ein Sperrfeuer der Kritik.

Ein zweiter Punkt ist die zunehmend heikle Frage der EU-Erweiterung. Nach der Erweiterung auf 27 Mitgliedsstaaten im Jahre 2004 hat unvermeidlich eine gewisse „Erweiterungsmüdigkeit“ eingesetzt. Zudem bringen die Anträge auf Mitgliedschaft bestimmter Länder auf dem westlichen Balkan und vor allem der Antrag der Türkei scheinbar unüberwindbare Hindernisse mit sich. Das Konzept der „privilegierten Partnerschaft“ wurde der Türkei vorgeschla-



gen und von ihr abgelehnt. Dennoch wäre es politisch und strategisch ohne Zweifel ein großer Gewinn, die Türkei dauerhaft und stabil an die Europäische Union zu binden.

Eine solche „privilegierte Partnerschaft“ wäre, davon bin ich überzeugt, auch für Großbritannien die ideale Lösung. Kein Land, schon gar nicht Großbritannien, das von jeher eine Sonderstellung einnimmt, sollte den föderalistischen Bestrebungen der EU im Wege stehen. In einer Welt des ständigen Wandels muss unser Land seine handels-, sicherheits- und umweltpolitischen Beziehungen zur Europäischen Union auf eine neue, flexiblere Grundlage stellen. Dafür sollte Großbritannien die formale EU-Mitgliedschaft aufgeben.

Als Großbritannien 1973 Mitglied der damaligen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) wurde, gab es vernünftige wirtschaftliche Gründe dafür. Angesichts der hohen Zölle auf dem Weltmarkt lockte die Mitgliedschaft in der EWG mit einem großen Binnenmarkt. Sie sollte das Wirtschaftswachstum Großbritanniens ankurbeln, das dem des übrigen Europas hinterherhinkte. Doch 34 Jahre später hat sich die Welt so verändert, dass sie nicht wiederzuerkennen ist. Betrug der Anteil Chinas und Indiens an der weltweiten Wirtschaftsleistung im Jahr 1980 gerade einmal acht Prozent, hatte er 2003 19 Prozent erreicht, und er wird wohl weiter steigen. Der Anteil der EU hingegen

kann nur sinken. Die britische Wirtschaft muss frei und flexibel genug sein, um die Chancen, die die Weltwirtschaft bietet, zu ergreifen. Doch die derzeitige EU-Mitgliedschaft bremst das Land. Die Kosten des einheitlichen Marktes wiegen schwerer als die Vorteile und belasten unnötig die Wirtschaft. Die protektionistischen Tendenzen der EU etwa in der Agrarpolitik erhöhen die Preise auf dem Binnenmarkt und schaden dem Handel mit Entwicklungsländern. Und die Zollunion verhindert, dass Großbritannien bilaterale Abkommen mit Ländern schließen kann, zu denen es besondere Beziehungen pflegt, etwa den USA, Kanada, Australien, Neuseeland oder Indien. Gewiss: Manche dieser Überlegungen, wenn nicht sogar alle, treffen auch auf andere EU-Mitgliedsstaaten zu. Doch verfügen diese weder über Großbritanniens einzigartige Handelsbeziehungen noch teilen sie seine Geschichte als Handelsnation.

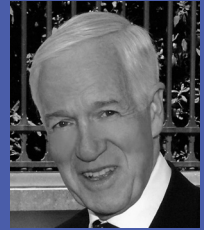
Nun ist eine solche „privilegierte Partnerschaft“ auch ausgesprochen beliebt bei der britischen Bevölkerung. Unsere Umfragen zeigen, dass die Briten auf die Frage, ob sie a) aus der EU austreten, b) Mitglied bleiben, oder c) zu einer lockereren Beziehung übergehen möchten, mehrheitlich für die dritte Möglichkeit stimmen. Sie wollen der EU nicht den Rücken kehren, aber sie wollen keine politische Gemeinschaft mehr. Ginge Großbritannien diesen Weg, würde sich das selbstverständlich auf den Rest der Gemeinschaft auswirken. Als gute Europäer kennen wir die Sensibilität der anderen Mitglieder nur zu gut. Dennoch sind wir überzeugt, dass eine „privilegierte Partnerschaft“ Europa eher stärken als schwächen würde. Wenn Großbritannien als eines der größten EU-Länder einen solchen Weg ginge, könnte das einen Modellfall bilden – auch für andere Länder. Neben der Türkei und dem westlichen Balkan und eventuell der Ukraine kämen dafür Länder wie Norwegen, Island oder die Schweiz in Frage, aber auch Mitgliedsstaaten, die eine losere Beziehung der Vollmitgliedschaft vorzögen. Sicher, die EU hat viel Gutes. Aber das gegenwärtige integrationistische Modell stammt aus der Mitte des vergangenen Jahrhunderts. Ein flexibleres Europa wäre eher in der Lage, die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu bestehen.

Aus dem Englischen von Dinah Stratenwerth

## Wider den Euroskeptizismus

Die Geschichte der EU ist eine Erfolgsgeschichte sondergleichen. Es gilt, diese Erfolge besser zu kommunizieren

ANTONIO PURI PURINI,  
geb. 1942, ist italienischer  
Botschafter in Berlin.



Nehmen wir einmal an, ein Historiker macht sich in, sagen wir: 100 Jahren daran, die Geschichte der Europäischen Union zu erforschen. Nehmen wir weiter an, er beschäftigt sich dabei mit einem zentralen Thema wie der europäischen Verfassung. Wird es ihm nicht schwer fallen, die Gründe unserer Meinungsverschiedenheiten über den Verfassungsvertrag zu begreifen? Ich fürchte, diese unterschiedlichen, zum Teil unverständlichen Ansichten werden ihm als Beispiel einer völligen Blindheit einzelner Länder für ihre eigentlichen nationalen Interessen dienen.

Die Europäische Union ist – nur ein komplett unsensibler Mensch wird das ignorieren – ein außergewöhnliches Projekt des Friedens, der Stabilität und der Hoffnung. Doch während sich Länder wie Italien und Deutschland mit ihrer ganzen Kraft dafür einsetzen, dieses Projekt voranzutreiben, betrachten andere die Europäische Union als schnöden Staatenbund. Obgleich mittlerweile deutlich ist, dass die einzelnen Länder im Alleingang nicht effizient handeln können, findet man wieder Geschmack an der Renationalisierung von Politikbereichen und an nationaler Interessenpolitik. Vergessen wird, dass es illusorisch ist, ohne starke Institutionen gemeinsame politische Maßnahmen umsetzen zu wollen. Diese setzen jedoch ein Gemeinsamkeitsgefühl und gegenseitiges Vertrauen voraus. Zwar müssen wir auf nationalen Patriotismus deshalb nicht verzichten – es ist aber notwendig, diesen im Bewusstsein einer gemeinsamen europäischen Identität zu pflegen. Eine Idee, die große Denker wie Benedetto Croce und Romano Guardini schon vor vielen Jahrzehnten unterstützt haben – Croce sogar schon vor dem Zweiten Weltkrieg.

Die Europa-Debatte der vergangenen Monate hat zwei interessante Aspekte zu Tage gefördert. Der eine, negative, betrifft die Existenz zweier gegensätzlicher Visionen der Europäischen Union: politische Union versus Freihandelszone. Der andere, positive, besteht in der Erkenntnis, dass niemand auf Europa verzichten kann – nicht einmal die Länder, welche die föderalen Elemente des Vertrags am heftigsten ablehnen. Europa hat längst einen Punkt erreicht, an dem es kein Zurück mehr gibt. Der Euroskeptizismus ist sozusagen Opfer eines Eigentors geworden. Denn durch das Zweifeln an der Notwendigkeit der Europäischen Union hat er ein falsches Problem zu einem historisch falschen Zeitpunkt aufgeworfen. Er hat das Aufflackern nationaler Versuchungen gerade

dann geschürt, als die Notwendigkeit von Einheit und Konsens für alle am sichtbarsten war. Mit all seinen kritischen Einwänden hat er paradoxerweise gezeigt, dass Europa nicht mehr umkehren kann. Auch wenn Beethovens Hymne aus dem Verfassungsvertrag gestrichen wird, bleibt sie in ihrer Schönheit doch ein aktuelles Symbol Europas.

Zugegeben, wir haben einen Fehler begangen, als wir in einem Moment, der nach Einheit, Klarheit und Entschlossenheit verlangte, den Zerstörern des europäischen Aufbauwerks zu viel Raum ließen. Wir hätten die großen Errungenschaften der Europäischen Union nicht als selbstverständlich betrachten dürfen, als hätten ein Raum ohne Grenzen oder eine einheitliche Währung schon von jeher existiert. Wir hätten auch die Erleichterung darüber, dass wir keine Angst mehr vor unseren Nachbarn zu haben brauchen, stärker zum Ausdruck bringen müssen. Wir hätten uns den Einwänden der Kritiker mutiger entgegenstellen können, als sie etwa die Fehler der EU-Kommission anprangeren – im Wesentlichen Fehler der Überregulierung, die wie Todsünden behandelt wurden und nicht als die verzeihlichen Verfehlungen, die sie in Wirklichkeit waren. Diese Entwicklungen haben zusammen mit der Spaltung Europas in der Irak-Frage im Jahr 2003 die Aufmerksamkeit großer Teile der öffentlichen Meinung von den enormen Vorteilen abgelenkt, welche die Europäische Union ganz Europa gebracht hat. Sie haben Unsicherheiten hervorgerufen, die längst hinter uns hätten liegen sollen. Sie haben ohne jeden Grund Politikbereiche und Projekte gebremst und zu einer Desorientierung der Bürger geführt.



Aus den negativen Erfahrungen der vergangenen Jahre lässt sich einiges lernen. Zunächst einmal ist es nötig, dass die öffentliche Meinung sich Gehör verschafft. Das Engagement der Länder, die sich für das Vorankommen des europäischen Projekts einsetzen, muss unterstützt werden, damit es partikularistische Denkweisen und politische Launen überwinden kann, die Europa seit Nizza so viel Schaden zugefügt haben. Um das Vertrauen in das europäische Projekt zurückzugewinnen, gibt es ein wichtiges Hilfsmittel, nämlich die Mobilisierung der Zivilgesellschaft über Universitäten, kulturelle Einrichtungen, Medien und Schulen. Das heißt, die Überzeugung zu verbreiten, dass ein starkes Europa auch die wirtschaftlichen Interessen der europäischen Bürger schützt, wenn sie in Gefahr sind, Opfer der aggressiven Politik außereuropäischer Länder zu werden. Es geht darum, Ressourcen in nützliche, für alle greifbare Projekte zu stecken, beharrlich zu fordern, dass Europa sich mit den notwendigen Instrumenten ausstattet, um seinem Handeln in der Welt Ansehen und Achtung zu verschaffen. Es gilt zu begreifen, dass die Verteidigung des Friedens oder des Umweltschutzes nicht auf 27 Staaten verteilt werden kann und dass die Zukunft aller Europäer mit dem Erfolg der Europäischen Union verknüpft ist. Wohin sonst könnten wir unsere Blicke wenden, um unser Modell und unsere Lebensweise zu verteidigen, die in der Welt ihresgleichen suchen?

Haben wir uns je gefragt, warum Berlin bei den jungen Leuten so beliebt ist? Aus dem einfachen Grunde, weil die Hauptstadt Deutschlands frei, tolerant und offen ist, weil sie weder von Geldgier zermürbt noch der arroganten Zurschaustellung von Luxus unterworfen ist, weil hier die Freude an Kultur spontan, echt und für alle erschwinglich ist; weil Berlin schon längst eine wirklich europäische Stadt ist. Ohne Kultur wird Europa ein Eroberungsgebiet für die vielen falschen Propheten werden, die den Gesellschaften Lebensmodelle aufdrängen, die nichts gemein haben mit dem Eckpfeiler der europäischen Kultur, wie ihn der Humanismus und die italienische Renaissance zum Ausdruck gebracht haben: dem Recht des Menschen im Gegensatz zum Recht über den Menschen.